

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 9 86 846 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Gerd Wartenberg MdB zur Forderung Kanthers, gegen straffällige Ausländer und Asylbewerber schärfere Gesetze zu erlassen: Keine Verschärfung des Ausländer- und Asylverfahrensgesetzes.

Seite 1

Rudolf Dreßler MdB zu Zielen sozialdemokratischer Sozialpolitik: Sozialpolitik ist kein Reparaturbetrieb.

Seite 2

48. Jahrgang / 199

18. Oktober 1993

Keine Verschärfung des Ausländer- und Asylverfahrensgesetzes

Von Gerd Wartenberg MdB
Innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagesfraktion

Schon wahr, Herr Bundesinnenminister, Drogendealer müssen die ganze Strenge der Gesetze zu spüren bekommen. Ohne Zweifel gehört dazu auch, daß von den Ausweisungs- und Abschiebungsmöglichkeiten gegenüber Rauschgifttätern konsequent Gebrauch gemacht wird. Als ob das in den Ländern nicht geschehe, schwingen Sie, Herr Minister, den Hammer der Gesetzesänderungen. Das Ausländer- und das Asylverfahrensgesetz wollen Sie verschärfen. Damit vernebeln Sie einmal mehr, wie es eingeübte Art dieser Bundesregierung ist, daß nicht in erster Linie Gesetzesänderungen, sondern die verbesserte Anwendung bestehender Gesetze den notwendigen Zugewinn an innerer Sicherheit bringt.

Das ausländerrechtliche Instrumentarium reicht aus, um denjenigen die Tür zu weisen, deren weitere Anwesenheit in der Bundesrepublik unter keinen Umständen mehr tragbar ist. Wie so oft hapert es allerdings häufig im Vollzug. Und da haben Sie, Herr Kanther, vor der eigenen Tür zu kehren. Hier einige Beispiele:

1. Keine Ausländerbehörde braucht sich mit reisenden Tätern - oft genug Dealer - herumzuärgern, die bereits an der Grenze abgefangen werden. Und wie sieht es da aus? Der Bundesinnenminister bringt es nicht fertig, über 5.000 beim Bundesgrenzschutz fehlende Planstellen zu besetzen. Die sogenannten Ausgleichsmaßnahmen für die zu erwartenden Sicherheitsdefizite durch den Wegfall der Kontrollen an den EG-Binnengrenzen treibt die Bundesregierung nicht energisch genug voran.
2. Gerade international operierende Dealer suchen hier häufig Schutz unter dem Dach des Asyls, weil sie sich davon einen längeren, verfahrensbedingten Aufenthalt versprechen. Dem ist zu begegnen, wenn die zumeist offensichtlich unbegründeten Asylanträge dieser Leute vorgezogen und vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge sofort entschieden würden. Und was macht das Bundesamt? Nichts, wie eine erschreckende Stichprobe aus Hannover belegt. Die dortige Ausländerbehörde hat das Bundesamt jetzt in 14 Fällen - alles BTM-Täter! - an die vorgezogene Bearbeitung der Asylanträge erinnern müssen. Und erinnern heißt, daß die Ausländerbehörde Hannover das Bundesamt schon vor über drei Monaten gebeten hatte, die Akten aufzuklappen!

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Von Jäger Umwelt
mit wertvollen Recycling-Papier



3. Mindestens ebenso schlimm: Das Bundesamt kommt seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht nach. Ein Kernstück der mit Schmerzen vollbrachten Asylrechtsänderungen besteht in der Straffung und Beschleunigung des gerichtlichen Verfahrens. Nach dem neuen Paragraphen 36 Absatz 2 des Asylverfahrensgesetzes muß das Bundesamt, nachdem es einen Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt hat, den Verwaltungsvorgang unverzüglich dem zuständigen Verwaltungsgericht übermitteln. Das soll sicherstellen, daß das Verwaltungsgericht nach Eingang eines Eilantrages binnen einer Woche entscheiden kann. Von mehreren hessischen Verwaltungsgerichten, sicher repräsentativ für die gesamte Bundesrepublik, muß ich hören, daß die zeitgleiche Übersendung der Akten gegen Null geht. In der weit überwiegenden Zahl der Fälle bequemt sich das Bundesamt erst nach sechs Wochen, manchmal auch zwei bis drei Monaten, die Post fertig zu machen! Das ist skandalös. Dieses rechtswidrige Verhalten konterkariert - über die Problematik straffälliger Asylbewerber weit hinausgehend - einen ganz wichtigen Teil der Asylrechtsreform.

Hier hört Ihnen, Herr Kanther, auch nicht mehr die Ausrede, daß jede umfassende Gesetzesänderung Umstellungsschwierigkeiten mit sich bringt. Das neue Asylrecht ist jetzt seit über drei Monaten in Kraft und das Bundesamt hat den Personalbestand einer wahren Mega-Behörde. Da kann man doch wohl erwarten, daß der Laden läuft!

(-/18. Oktober 1993/ka/ks)

Sozialpolitik ist kein Reparaturbetrieb

Von Rudolf Dreßler MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Sozialpolitik leitet sich nicht aus anderen Politikbereichen ab. Sie kann insbesondere nicht der Reparaturbetrieb für unge löste Probleme der Wirtschaftspolitik sein. Sozialpolitiker betreiben kein Ersatzteillager, in dem jene Werkstücke abholbereit vorgehalten werden, mit denen die Folgen einer unzureichenden Wirtschaftspolitik ausgebessert werden könnten. Wenn die Sozialdemokraten heute die Ziele einer fortschrittlichen Sozialpolitik definieren, so kann das nicht bedeuten, die bisherigen Grundlagen oder die Tradition und Geschichte der SPD über Bord zu werfen. Wir haben uns im Gegenteil auf das Kernziel, das die deutsche Arbeiterbewegung vor mehr als 125 Jahren ins Visier gekommen hat, nach wie vor zu konzentrieren:

- Die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft beim Aufbau einer gerechten, solidarischen Gesellschaft.
- Ihre volle Teilhabe an der Ausgestaltung des gemeinsamen Staatswesens.

Sozialdemokraten haben daher den irreführenden Vorwurf, der den solidarischen Sozialstaat als bürokratische Entmündigung verunglimpft, nicht zu fürchten. Für die SPD hat der Sozialstaat immer zum Ziel: Hilfe zur individuellen Ertüchtigung. Für uns verbindet sich mit Sozialpolitik immer der Anspruch auf soziale und gesellschaftliche Emanzipation der Arbeitnehmerschaft. Dies bleibt aktuell!

Der emanzipatorische Anspruch unserer Sozialpolitik ist einer der entscheidenden Unterschiede gegenüber den Vertretern der Sozialausschüsse der CDU. Sozialleistungen, damit die Arbeitnehmer endlich Ruhe geben, ihren Frieden mit der Gesellschaft machen, Sozialpolitik als Valium für die Arbeitnehmerschaft, das wollten wir nie!

Unsere Sozialpolitik bedeutet gesellschaftlichen Umbau. Nicht Befriedigung oder Beruhigung, Reform lautet das Ziel. Unsere Auffassung von Sozialpolitik kann nicht tolerieren, daß Sozialleistungen von der Gesellschaft auf dem Weg der Gratifikation, der herablassenden Gönnerhaf-

tigkeit gewährt werden; Sozialleistungen bedeutet bei uns immer: einklagbarer Rechtsanspruch.

Sozialpolitik ist auch kein Wurmfortsatz der Finanzpolitik. Daß sozialpolitische Maßnahmen solide finanziert werden müssen, daß nicht mehr ausgegeben werden kann als eingenommen wird, und daß unsere Volkswirtschaft nicht überfordert werden darf, das allerdings sind selbstverständliche Voraussetzungen. Wenn wir das Ziel beibehalten wollen, unsere Gesellschaft umzubauen, dann ist die Finanzpolitik dabei ein Instrument, und wir müssen uns dieses Instrumentes bedienen.

Mitten in der Rezession stehen wir vor den Aufgaben, die sozialen Sicherungssysteme stabil zu erhalten, sogar auszubauen und zugleich die eingangs beschriebene roll back-Politik abzuwehren. Eine ganze Reihe von Faktoren stimmt mich optimistisch, daß die SPD diese Aufgaben bewältigen kann.

Denn nach wie vor weist unsere Gesellschaft sozialdemokratische Fundamente auf. Die sozialen Sicherungssysteme, vor allem Renten- und Krankenversicherung, tragen unsere Handschrift. Renten- und Krankenversicherung sind durch uns wetterfest gemacht worden. Wenn diese beiden Systeme Zukunftstauglichkeit aufweisen, dann liegt das an Strukturreformen, die wir Sozialdemokraten durchgesetzt haben. Bitte denkt daran, wenn zum Beispiel Zweifel von Leuten wie Wirtschaftsminister Rexrodt an der Solidität der Rentenversicherung genährt werden und in diesem Thema Sachkundigere wegtreten.

Nach meiner Überzeugung warten zudem Konservative nur darauf, daß Sozialdemokraten verbal Regelungen der ab 1992 geltenden Rentenreform für obsolet erklären. Die Konservativen wollen uns beim Wort nehmen, um einen Vorwand zu haben, den Rentenkonsens aufzukündigen. Es ist doch eigentlich ein gütiges Schicksal, daß die Rentenreform festgezurr war, bevor die Bundesregierung sich bei der Finanzierung der Einheit übernommen hat. Denn sonst würden wir wie bei der Arbeitsförderung Jahr für Jahr um den Bundeszuschuß kämpfen müssen und dabei als Opposition mit 33,5 Prozent im Bundestag unterliegen.

Die Mitbestimmung auf den verschiedenen Ebenen trägt ebenfalls unsere Handschrift. Nie war die Mitbestimmung wichtiger als heute in Rezession und Krise. Sie ist eine immer noch wirksame Bastion gegen eine Politik des unbegrenzten Heuerns und Feuerns. Freilich muß die Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene durch neue Regelungen und Kontrollrechte bei der Einführung neuer Technologien und Arbeitsorganisationen ergänzt werden. Die Mitbestimmung benötigt auch eine Ergänzung durch mehr Mitwirkungsrechte des einzelnen an seinem Arbeitsplatz. Dies wird ein großes Thema für die nächste Legislaturperiode werden.

Arbeits- und Gesundheitsschutz wären ohne sozialdemokratische Korrekturen in den siebziger Jahren löchriger als ein Schweizer Käse. Gleichwohl sind beide Felder heute aus vielerlei Gründen reformbedürftig. Die Bundestagsfraktion hat für beide Bereiche gute, vorbildliche Vorarbeiten geleistet. Ein neues Arbeitszeitgesetz ist dringend erforderlich. Auch hier hat die Bundestagsfraktion bemerkenswert gute, sachlich fundierte Entwurfsarbeit geleistet.

Arbeits- und Gesundheitsschutz sind wesentliche Ansatzpunkte, um Unternehmen von Kosten zu entlasten. Ein moderner Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und die Beseitigung von Gefahren in der Arbeitsumgebung können die Betriebe in der Größenordnung von wenigstens zwei Prozentpunkten der Brutto-lohn- und -gehaltssumme entlasten. Das entspräche, um eine Vergleichszahl zu nennen, einer Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2,5 Prozent. Hier also liegen die wirklichen Potentiale zur Senkung von Personalausatzkosten. Und ein modernes Arbeitszeitgesetz gibt eine Handhabe, Überstunden zugunsten neuer Arbeitsplätze abzubauen.

Außerdem - auch das, macht mich optimistisch - sind Kraft und Einfluß von Partei und Gewerkschaften nicht wie behauptet wird, am Ende. In den Kirchen sind unsere gesellschaftspolitischen Ideen oder den unsrigen Vorstellungen ähnliche virulent. Es gibt auch im Lager der Unternehmer, der Manager viele, denen die Richtung der Regierungspolitik wie die der Wirt-

schaftsverbände überhaupt nicht gefällt. Es würde mich nicht erstaunen, wenn eine schwelgende Mehrheit unter den Unternehmern von der Politik der sozialen Kaltherzigkeit nichts hält.

Ich unterstreiche noch einmal: Ein plausibles, rasch umsetzbares Programm zur Stabilisierung der Konjunktur und zur Reform wesentlicher Standortbedingungen würde breite Unterstützung finden.

Darüber hinaus ist es erforderlich, die staatliche Arbeitsförderung an Haupt und Gliedern zu reformieren. Die Vorarbeiten der Bundestagsfraktion für ein Arbeits- und Strukturförderungs-Gesetz sowie von Landesregierungen für einen zweiten Arbeitsmarkt bieten gute Grundlagen.

Ich möchte an diesem Punkt die Diskussion zuspitzen und fragen: Trauen wir uns zu, durch Lohnsubvention in nutzbringenden Projekten, durch Arbeitsbeschaffung, berufliche Eingliederungshilfen und all das in Kombination mit Qualifizierung einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt zu organisieren, der einen großen Teil der schwer vermittelbaren Arbeituchenden aufnimmt? Trauen wir uns ferner zu, das diese System der Berufsausbildung zu reformieren und ein Angebot zur beruflichen Weiterbildung auf die Beine stellen zu helfen, damit die wichtigste Ressource unseres Landes, die qualifizierte Arbeitskraft, neue Perspektiven erhält? Nach meiner Überzeugung können wir das leisten und auch sauber finanzieren.

Es liegt auf der Hand, daß solche Projekte ohne Finanz- und Organisationsreform der Bundesanstalt für Arbeit nicht bewältigt werden können. Die Arbeitsverwaltung wird sich stärker regional ausrichten und in Kombination mit den anderen lokalen Beteiligten an der Arbeitsmarktpolitik ihre Mittel effizient ausgeben müssen. Bei der Finanzierung gilt der Grundsatz: Ein Maximum an BürgerInnen und Bürgern ist an der Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik zu beteiligen. Ob dies über einen Arbeitsmarktbeitrag für Selbständige, Freiberufler, Beamte und Abgeordnete am besten zu erreichen sein wird oder über eine stärkere Steuerfinanzierung, haben wir abschließend noch nicht entschieden. Einiges spricht dafür, die stärkere Steuerfinanzierung zu wählen, und diese Mittel zuerst auf die gesamtgesellschaftlich notwendige Arbeitsförderung im Osten zu konzentrieren. Längerfristig würden diese Steuermittel über ein Bundesgesetz geregelt, die in den ganzen, öffentlich geförderten Arbeitsmarkt fließen müssen. Ich will freilich nicht verschweigen, daß die Steuerfinanzierung Verteilungs- und Gerechtigkeitsprobleme aufwirft. Ein Arbeitsmarktbeitrag ließe sich wohl schneller realisieren.

Konjunkturstützung, Modernisierung der Wirtschaft in Richtung Energie- und Ressourceneinsparung, ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt und eine Reform der beruflichen Bildung wie der Weiterbildung gehören zusammen. Durch solche Projekte würde das Gesicht unseres Landes neu gezeichnet. Das wären Teile unserer Antwort auf die konservativ-reaktionäre Herausforderung.

Die erfolgreichen Strukturreformen von Renten- und Krankenversicherung haben ermutigt, auf diesem Weg voranzugehen. Mit unseren Gesetzentwürfen zur Pflegeversicherung in Bundestag und Bundesrat haben wir die Initiative ergriffen. Die Antwort der Regierung darauf war weder inhaltlich noch im Finanzierungsteil akzeptabel. Der heutige Stand der Auseinandersetzung um die Pflege zeigt, daß gegen geschlossen operierende Sozialdemokraten in Bundestag und Bundesrat - wenn sich Einspruchsmöglichkeiten ergeben - keine unsozialen Regelungen durchsetzbar sind. Wir können, wenn wir das wollen, tatsächlich die Regierenden aussitzen und zur Aufgabe mieser Vorschläge und Gesetze zwingen.

Ich bin optimistisch, daß die Bundesregierung mit ihrem miserablen Pflegegesetz hängenbleibt. Halsstarrigkeit und innere Zerrissenheit der Koalition können eine Situation entstehen lassen in der zwar ein miserabel gearbeitetes und ungerechtes Pflegegesetz scheitert, der dazu gehörende, in eine Lohn- und Gehaltskürzung an Feiertagen gekleidete Finanzierungsteil jedoch Gesetz wird. Dabei wünsche ich der Regierung eine gute politische Reise durchs Wahljahr '94.

(-/18. Oktober 1993/ks/ks)
